

Serbien wird seine Seele zurückgewinnen

Davor Slobodanovich Vuyachich

Wie viel kann die Würde einer kleinen, trotzig Nation, die die Freiheit über alles liebt, kosten?

Am 31. Mai letzten Jahres begann der Präsident Serbiens, Aleksandar Vučić, seine neue fünfjährige Amtszeit mit der Ablegung des präsidialen Eids in der Nationalversammlung. Während er in feierlicher Atmosphäre den Text des Eids sprach, der in der serbischen Verfassung genau festgelegt ist, scharte sich für einen Moment fast ganz Serbien um ihn; nicht nur seine Anhänger, sondern sogar seine erbittertsten politischen Gegner.



Diejenigen, die Vučić an jenem Tag *nicht* unterstützt haben, als er schwor, dass er „alle seine Kräfte für die Erhaltung der Souveränität und des gesamten Territoriums der Republik Serbien, einschließlich des Kosovo und Metohija (Metochien) als deren integraler Bestandteil“ einsetzen würde, sind nicht einmal der Erwähnung wert, denn sie sind ihres Heimatlandes nicht würdig. Ob jemand Vučić liebte oder nicht, an diesem Tag wünschte er sich aufrichtig, dass er als Präsident aller Bürger Serbiens wirklich die Kraft finden würde, Serbien vor den schrecklichen Übeln zu schützen, die es zum x-ten Mal bedrohen.

Artikel 182 des Siebten Teils der serbischen Verfassung, der die territoriale Organisation, die autonomen Provinzen und die lokalen Selbstverwaltungen betrifft, definiert Kosovo und Metochien eindeutig als autonome Provinz innerhalb der Republik Serbien. Als studierter Jurist wusste Präsident Vučić sicherlich, welch schreckliche Last er an diesem Tag auf sich nahm: Der von ihm geleistete Eid verpflichtet ihn bis zum Ende seiner Amtszeit rechtlich dazu, ausschließlich im Einklang mit den Pflichten und Rechten zu handeln, die ihm die Verfassung auferlegt.

Mit der Fortsetzung des feierlichen Eids hat der serbische Präsident eine weitere, ebenso heilige Verpflichtung übernommen: Er hat geschworen, dass er sich mit aller Kraft für die Verwirklichung der Menschen- und Minderheitenrechte und -freiheiten einsetzen wird, wozu mit Sicherheit auch die Redefreiheit und der politische Aktivismus gehören.

Solange die Verfassung der Republik Serbien in Kraft ist, ist es daher die Pflicht eines jeden Bürgers und vor allem des serbischen Präsidenten, sich strikt an jeden Teil der Verfassung zu halten, einschließlich derjenigen, die den Kosovo und Metochien als unveräußerlichen Teil der Republik

Serbien betreffen. Obwohl der Begriff „Hochverrat“ als Rechtskategorie aus dem serbischen Strafgesetzbuch gestrichen wurde, gibt es immer noch zwei ähnliche Straftatbestände, die mit Freiheitsstrafen von 15 bis 40 Jahren geahndet werden.

Diese beiden Verbrechen sind: Anerkennung der Kapitulation oder der Besetzung und Gefährdung der territorialen Integrität der Republik Serbien.

Der Text der Verfassung ist für den serbischen Durchschnittsbürger leicht zugänglich, aber das bedeutet nicht, dass er ihn auswendig kennt oder dass er ihn überhaupt kennen muss. Jeder Serbe ist sich von Geburt an bewusst, dass Kosovo und Metochien nicht nur das Herz, sondern auch die Seele der serbischen Nation sind, dass dies immer so war und bis zum Jüngsten Tag so bleiben muss. Es ist nicht notwendig, den Bürgern Serbiens mit den oben genannten Artikeln des Strafgesetzbuches zu drohen, damit sie wissen, was richtig und was falsch ist, genauso wenig wie sie darüber belehrt werden müssen, wer die größten und erwiesenen Feinde der serbischen Nation sind und wer ihre wahren Brüder, Freunde und potenziellen Verbündeten sind.

Der USA-EU-Plan zur Lösung der Kosovo-Frage

Aus diesem Grund hat die Bekanntgabe der Einzelheiten des so genannten deutsch-französischen Plans zur Lösung der Kosovo- und Metochien-Frage am 20. Januar, nach dem Besuch von EU- und US-Vertretern in Belgrad, die serbischen Gemüter dramatisch erregt. Der patriotischste Teil der serbischen Gesellschaft, die Menschen, die vom kollektiven Westen als „serbische Extremisten“ bezeichnet werden, waren absolut wütend – und das völlig zu Recht.

Zunächst einmal können wir dieses Dokument nicht als deutsch-französisch bezeichnen, und noch weniger handelt es sich um einen konstruktiven Plan oder eine Vereinbarung, die Belgrad und Pristina gleichermaßen zufrieden stellen würde. Begriffe wie „amerikanisches Diktat“ oder „US-Ultimatum“ wären weitaus zutreffender. Dass die USA der eigentliche Initiator und Urheber des für Serbien desaströsen „Brüsseler Abkommens“ sind, sollte überhaupt nicht bezweifelt werden, denn die Amerikaner arbeiten seit Jahrzehnten fleißig an dem Projekt, ein Großalbanien zu schaffen.

Laut dem serbischen Experten des Eurasischen Sicherheitsforums, Professor, Doktor der Wissenschaften und Generalmajor a.D. Mitar Kovač ist Großalbanien für die Amerikaner notwendig, um ihnen als billiger und privilegierter Stützpunkt für ihre Streitkräfte zu dienen. **Die USA wollen daher aus ganz Großalbanien eine riesige Militärbasis machen, von der aus sie nicht nur den gesamten Balkan, sondern auch die weitere Region und den gesamten Mittelmeerraum kontrollieren würden.**

Der albanische Präsident Edi Rama sagt ganz offen, dass die von der NATO besetzte serbische Provinz bereits als Teil Großalbanien betrachtet wird. Ohne viel diplomatisches Fingerspitzengefühl erklärte er, dass die Annahme des „deutsch-französischen Plans“ durch die serbische Seite einer der Schritte auf dem Weg zum Hauptziel, der Vereinigung der besetzten serbischen Provinz mit Albanien, sein würde.

Der Plan, hinter dem Washington mit Sicherheit steht – wie auch immer man dieses Diktat nennen mag –, verlangt nämlich, dass Serbien das sogenannte „Kosovo“ de facto als unabhängigen Staat anerkennt. So wird Serbien in Artikel 4 dieses Ultimatums aufgefordert, sich der Mitgliedschaft des Kosovo in einer internationalen Organisation, einschließlich der Vereinten Nationen, der EU und

der NATO, nicht zu widersetzen. Im weiteren Verlauf des „deutsch-französischen“ Plans wird von Serbien verlangt, gutnachbarschaftliche Beziehungen zum „Kosovo“ zu entwickeln, und dass Serbien diesen Scheinstaat nicht auf internationaler Ebene vertreten und in seinem Namen handeln darf.

Artikel 8 sieht den Austausch von ständigen Missionen vor, was ein Euphemismus für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei unabhängigen Staaten ist. Man muss kein Rechtsexperte sein, um zu verstehen, dass all dies nicht nur de facto, sondern auch de jure bedeutet, dass Serbien seine südliche Provinz, die 1999 von der NATO besetzt wurde, als unabhängigen Staat anerkennt. **Dies bedeutet, dass der deutsch-französische Plan in direktem Widerspruch zur Verfassung der Republik Serbien steht, wie übrigens auch die „Brüsseler Vereinbarung“.** Jeder offizielle Vertreter der Republik Serbien, der ein solches Abkommen unterzeichnet, würde eine Straftat begehen, die mit einer langen Gefängnisstrafe geahndet wird.

Inoffiziell berichteten einige serbische Medien Ende Januar, dass die serbische Premierministerin Ana Brnabić und nicht Präsident Vučić das Abkommen unterzeichnen sollte. Sie werden mir zustimmen, dass in diesem Fall, selbst wenn sie das Ultimatum wirklich unterschreibt, der Ministerpräsidentin die denkbar schlechteste Rolle in der gesamten serbischen Geschichte zugewiesen würde, was aus mehreren Gründen nicht fair ist. Erstens handelt es sich um eine Dame, die einer sehr verletzlichen Minderheitengemeinschaft in Serbien angehört; zweitens ist Ana Brnabić als Politikerin relativ unerfahren in Rechtsfragen von internationaler Bedeutung, und schließlich genießt sie nicht die direkte Unterstützung der Wählerschaft, die es ihr erlauben würde, die Verfassung zu verletzen und zuversichtlich eine Verhaftung zu riskieren.

All dies sollte ihre Kollegen dazu zwingen, auf eine sanfte Art und Weise die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und sich mit dem katastrophalen Ansehen auseinanderzusetzen, das sie danach in der Öffentlichkeit haben würden. Präsident Vučić ist gemäß seinem präsidentialen Eid und der Verfassung verpflichtet, alles zu tun, um sicherzustellen, dass dieses für Serbien beleidigende und demütigende Abkommen von niemandem unterzeichnet wird. Kenner der inneren Angelegenheiten in Serbien wissen sehr gut, dass Premierministerin Brnabić nie etwas ohne die Zustimmung und den Befehl des Präsidenten tut, weshalb ihre Unterschrift unter das „Abkommen“ ohnehin als die von Vučić gelten würde.

Ein anderer serbischer Ministerpräsident, Ivica Dačić, verweigerte 2013, als die katastrophale [Brüsseler Vereinbarung](#) unterzeichnet wurde, die Unterzeichnung desselben Plans, der eigentlich Teil desselben Pakets war. Dačić wusste als erfahrener Politiker, dass es für ihn eine Art politischer Selbstmord wäre, und heute hat die Öffentlichkeit den Eindruck, dass er immer noch zögert, ob Serbien sich wirklich in den Bauch schießen sollte. Zwar hat Dačić diese Gerüchte öffentlich dementiert, aber die Journalisten haben die Situation wohl richtig eingeschätzt.

Während einige Politiker des serbischen Regimes schwanken und andere langsam die Plattform, von der aus sie versuchten, zwischen dem Westen und Russland zu balancieren, durch die vollständige Auslieferung Serbiens an die Interessen Washingtons und Brüssels ersetzen, protestiert ein großer Teil der serbischen Öffentlichkeit immer lauter. Alle bisherigen Umfragen in der Bevölkerung, einschließlich der im Mai 2022 von der Zeitschrift für politische Theorie und Sozialforschung *New Serbian Political Thought* durchgeführten, zeigen eindeutig, dass 82,1 Prozent der Serben Russland unterstützen, dass 87,2 Prozent von ihnen gegen eine Mitgliedschaft Serbiens in der

verhassten NATO sind und dass die Unterstützung für einen Beitritt Serbiens zur EU auf 20 Prozent gesunken ist.

Warum beharrt die Regierungskoalition dann immer noch auf dem so genannten „europäischen Weg“? Demokratie darf nicht nur eine bloße Herrschaft im Namen des Volkes sein, sondern muss tatsächlich und weitestgehend Ausdruck des Willens und der Gefühle des Volkes sein, und sie darf nicht nur auf dem Papier stehen und Teil der theoretischen Demokratie sein, sondern muss in der täglichen Praxis gelebt werden. Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass, wenn der Wille des Volkes hartnäckig und langfristig ignoriert wird, **eine gefährliche soziale Anomalie** entsteht, in der sich die Kluft zwischen den entfremdeten politischen Eliten und dem Volk vergrößert, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem äußerst unvorhersehbaren und sehr undemokratischen Ergebnis führen kann, das jeder in Serbien vermeiden möchte.

Gewalt kommt als Mittel zur Lösung der serbischen Probleme natürlich nicht in Frage. Um der regierenden serbischen politischen Koalition gegenüber völlig fair zu sein, und wie Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, sagt, übt der Westen wirklich enormen Druck auf die serbische Regierung aus. Die Tatsache, dass Serbien im wahrsten Sinne des Wortes territorial von NATO-Ländern umgeben ist, deren Verbrechen die Serben nie vergessen und viele nicht einmal verzeihen werden, hilft Serbien auch nicht. Ungeachtet dessen darf sich Serbien, wie Sacharowa abschließend feststellte, dem Westen nicht einfach unterwerfen. Diese Option darf nicht einmal in Erwägung gezogen werden, denn die möglichen Folgen für Serbien wären katastrophal und würden zum Verschwinden des serbischen Volkes und seiner Staatlichkeit führen.

Deshalb versuchten die patriotischsten aller Serben an einem der größten serbischen Nationalfeiertage, dem Tag der Staatlichkeit am 15. Februar, ihren Unmut über die Versuche des kollektiven Westens zum Ausdruck zu bringen, Serbien das deutsch-französische Diktat aufzuerlegen. Der Organisator des Protestes, der in der Nähe des serbischen Präsidialamtes stattfand, war der promovierte Rechtswissenschaftler und Universitätsprofessor Dejan Mirović, und die Kundgebung wurde von vier Oppositionsparteien im Parlament unterstützt. In einer Stadt, in der mehr als zwei Millionen Menschen leben, nahmen nur ein paar tausend Patrioten an der Demonstration teil, was leider auf ein hohes Maß an nationaler Apathie in Serbien hinweist. Eine solch bescheidene und friedliche Versammlung stellte in keiner Weise eine Gefahr für den Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung dar.

Dennoch hat der Protest, bei dem es eigentlich keine Zwischenfälle gab, die serbischen Behörden aus irgendeinem Grund schwer beunruhigt, und zwei der Redner wurden bald verhaftet. Die Rede des politischen und sozialen Aktivisten Damjan Knežević, der als Organisator mehrerer prorussischer Massenkundgebungen in Belgrad bekannt ist, könnte in der Tat als etwas schärfer und emotionaler bezeichnet werden, aber nach Ansicht der zahlreichen serbischen Juristen, die sich in diesen Tagen zu Wort meldeten, enthielt sie keine Elemente einer Straftat. Der Satz, für den der Journalist, Historiker, Eigentümer und Chefredakteur von *Srbinfo*, einem der wenigen unabhängigen Medien in Serbien, Dejan Petar Zlatanović, verhaftet wurde, wurde unerwartet zum Slogan seiner Sympathisanten: **„Wer unterschreibt, wird getötet.“**

Leider erkannte die serbische Polizei in diesem kurzen Satz eine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung der Republik Serbien und sogar eine Bedrohung für das Leben von Präsident Vučić selbst. Doch selbst eine oberflächliche logische Analyse dieser Aussage zeigt deutlich, dass Zlatanović den

Präsidenten Serbiens überhaupt nicht erwähnte und dass er rein hypothetisch über eine Person sprach, die es eines Tages wagen würde, die Verfassung zu verletzen, indem sie das „deutsch-französische Abkommen“ unterzeichnet.

Zlatanović hat nicht erwähnt, was unterschrieben werden könnte oder wer es tun könnte, und deshalb behaupten viele Juristen in Serbien verantwortungsbewusst, dass Zlatanović völlig unschuldig ist. Da der Organisator des Protests, Professor Mirović, ein Rechtsexperte ist, ist es nicht überraschend, dass alle Redner, einschließlich Knežević und Zlatanović, so vorsichtig wie möglich sprachen. Nach Ansicht vieler Juristen hat die Polizei sehr ungeschickt gehandelt, als sie erklärte, Zlatanovićs Parole „Wer unterschreibt, wird getötet“ sei eine direkte Bedrohung für das Leben von Präsident Vučić. In ihrem eifrigen Bestreben, den Präsidenten zu schützen, beschuldigten sie ihn indirekt einer möglichen Verletzung des präsidentialen Eids und der Verfassung. Da es sich bei der potenziellen Unterzeichnerin der Vereinbarung um die Ministerpräsidentin der Republik Serbien Ana Brnabić handeln könnte, bleibt unklar, wie die Polizei zu der absolut unlogischen und potenziell sehr beleidigenden Schlussfolgerung gelangt ist, dass der Präsident der Republik Serbien selbst der Verfassungsbrecher sein wird.

Knežević und Zlatanović wurden des Extremismus beschuldigt und zu einer Haftstrafe von bis zu 30 Tagen verurteilt. Ihre Freunde berichteten, dass sich Zlatanović seit dem 15. Februar im Hungerstreik befindet, dass er sich sogar 4 Tage lang weigerte, Wasser zu trinken, und dass er sich in einem schlechten Gesundheitszustand befindet und unter enormem Stress steht. Es scheint, dass Zlatanović während der Verhaftung eine sehr schmerzhaft Verletzung am Bein erlitten hat, an dem er eine angeborene Behinderung hat. Offenbar hat Knežević bei der Verhaftung weitaus schwerere Verletzungen erlitten, weshalb er sich derzeit in der Notaufnahme eines Krankenhauses befindet. Seinen Anwälten wurde anscheinend der Zugang zu ihm verwehrt, aber diese Information wurde noch nicht überprüft.

Diese beiden Verhaftungen wurden in diesen Tagen von einem großen Teil der serbischen Öffentlichkeit offen verurteilt. Die Verbände und Gewerkschaften der Journalisten, die Crème de la Crème der serbischen Intellektuellen, Universitätsprofessoren und Akademiker, alle Parteien der patriotischen Opposition einschließlich der parlamentarischen, die meisten patriotischen und orthodoxen Bewegungen, aber nicht nur sie, stellten sich hinter die Verhafteten. Für viele vielleicht unerwartet kam die Unterstützung für die beiden ausgewiesenen Patrioten und Russophilen auch aus dem pro-europäischen Teil der Opposition. Mehrere Organisationen von Serben aus dem Kosovo und Metohija wandten sich auch an den serbischen Patriarchen Porfirije mit der Bitte, bei der Freilassung der Verhafteten zu vermitteln.

Schließlich wandte sich einer der einflussreichsten Führer der serbischen Diaspora, Dr. Miodrag Kulić, ein theoretischer Physiker, an die Öffentlichkeit mit der Forderung, den Verhafteten sofort freizulassen, und ich werde am Ende des Artikels erklären, warum sein Appell besonders wichtig ist. Zlatanović wird bereits als „serbischer Gandhi“ bezeichnet, weil er nie Gewalt angewandt oder zur Gewalt aufgerufen hat, und das ist gut so, denn es zeigt den klaren Willen der Bürger Serbiens, den politischen Kampf ausschließlich mit Gandhi-Methoden, d.h. völlig gewaltfrei, zu führen.

Vielleicht ist Knežević in diesem Fall wegen seines emotionsgeladenen Patriotismus der „serbische Malcolm X“, aber es ist sicher, dass auch er nie die Absicht hatte, Gewalt anzuwenden. Es besteht kein Zweifel daran, dass Vučić selbst als Präsident eingreifen und die Verhafteten so schnell wie

möglich freilassen muss, da ihre Verhaftung beginnt, ihm politisch zu schaden. Die öffentliche Unterstützung für Zlatanović und Knežević wächst von Tag zu Tag.

Fake-News auch in Serbien

Unmittelbar nach diesem bescheidenen patriotischen Protest am 15. Februar, der ohne die ungerechtfertigten Verhaftungen längst vergessen wäre, berichteten einige serbische Medien, dass PMC Wagner hinter der Organisation dieser Versammlung stehe! Der russische Botschafter in Serbien, Alexander Botsan-Kharchenko, war sich der großen Gefahr bewusst, dass die serbisch-russischen Beziehungen durch **Medien, die westlichen Unternehmen gehören**, Schaden nehmen könnten, und reagierte rasch mit einer Erklärung, in der er betonte, dass sich die Russische Föderation nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und dass die russische Botschaft die von der genannten Protestkundgebung ausgehenden Drohungen verurteilt.

Es handelt sich natürlich um eine prinzipienfeste, professionelle und verantwortungsvolle diplomatische Erklärung, mit der Russland Serbien zum x-ten Mal wissen lässt, dass es immer mit ihm rechnen kann. Russland mischt sich in der Tat nicht in die inneren Angelegenheiten Serbiens ein, verhandelt nur mit den gewählten Vertretern des serbischen Volkes und verurteilt Versuche, die Regierung gewaltsam zu ändern. Anders als der kollektive Westen erpresst Russland Serbien nicht, droht ihm nicht und ist offen für eine Zusammenarbeit unter Bedingungen, die Serbien selbst passen. Es liegt an der serbischen Führung, nicht an Russland oder einer anderen Seite, auf die Stimme des leidenden serbischen Volkes zu hören, das niemals diejenigen als Freunde und Verbündete akzeptieren wird, die seine Heimat geschändet haben und Serbien weiterhin erpressen. Der kollektive Westen verlangt jedoch, dass Serbien Sanktionen gegen Russland, seinen traditionellen und zuverlässigen außenpolitischen Partner, verhängt.

Damit Russland in der Kosovo- und Metochien-Frage für Serbien überflüssig wird, muss Serbien zunächst selbst auf seine südliche Provinz verzichten, bevor es Sanktionen gegen seinen alten Verbündeten verhängt. Natürlich hat es der Westen eilig, Serbien so schnell wie möglich zur Kapitulation zu zwingen, denn es zeichnet sich ab, dass die NATO in der Ukraine eine kolossale Niederlage erleiden wird und dass Russland dann viel mehr Zeit und Energie haben wird, sich mit dem Problem des Kosovo und Metochien zu befassen, und in diesem Fall wird das amerikanische Projekt Großalbanien völlig scheitern.

Warum sollte Serbien einen Teil seines historischen Territoriums aufgeben, der dem serbischen Volk heilig ist und in dem sich über 1600 mittelalterliche serbische Klöster und andere unschätzbare kulturhistorische Schätze sowie natürliche Ressourcen befinden, die auf über eine Billion Euro geschätzt werden? Liegt es an diesem „europäischen Weg“, den das serbische Volk ganz offensichtlich überhaupt nicht will?

Gibt es eine Alternative zur euro-atlantischen Integration? Kann Serbien ohne Investitionen aus dem Westen überleben? Es war genau der oben erwähnte prominente Führer der serbischen Diaspora, Dr. Miodrag Kulić, der in seiner Ansprache daran erinnerte, dass die serbische Diaspora der größte und treueste Geldgeber und Investor in Serbien ist, mit jährlichen Investitionen von rund 6 Milliarden Euro. Zweitens beschäftigen sich seit einigen Jahren viele prominente und angesehene serbische Intellektuelle, Universitätsprofessoren, Geopolitiker und Journalisten mit der **eurasischen Perspektive Serbiens** im Gegensatz zur euro-atlantischen.

Serbien hat keinen Platz in der EU und der NATO in Gesellschaft von Feinden, Mördern und Unterdrückern des serbischen Volkes, sondern in Organisationen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Eurasischen Wirtschaftsunion und den BRICS.

Der beste Beweis dafür, dass die brutalen Sanktionen des kollektiven Westens, der sich selbst als „internationale Gemeinschaft“ bezeichnet, überlebt werden können, ist der Iran, der nicht nur die westlichen Sanktionen überstanden hat, sondern im gleichen Zeitraum unglaubliche technologische Fortschritte erzielt hat. Daher gibt es für Serbien definitiv einen anderen Weg, und die Behauptung, die euro-atlantische Integration sei alternativlos, ist gefährlich, unverantwortlich, mutlos und unpatriotisch.

Viele serbische Intellektuelle und Politiker plädieren dafür, dass Serbien aus den katastrophalen Abkommen von Brüssel und Washington aussteigt und die Lösung der Probleme seiner besetzten Provinz gemäß der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates wieder in die Zuständigkeit der Vereinten Nationen fällt, wo es sicherlich auf die Unterstützung Russlands und Chinas zählen kann.

Und schließlich sollte Serbien, auch wenn es derzeit keine Möglichkeit hat, die Kontrolle über Kosovo und Metochien wiederzuerlangen, zumindest seine nationale Würde bewahren, indem es sich weigert, die demütigenden Diktate des Westens jemals zu unterzeichnen. Dies ist natürlich nur eine rhetorische Frage. Wie viel kann die Würde einer kleinen, trotzig Nation, die die Freiheit über alles liebt, kosten? Wie viel kann die Seele Serbiens kosten?